

Höchstspannungsleitung Wilhelmshaven/Landkreis Friesland – Lippetal/Welver/Hamm (Vorhaben 49), Abschnitte Süd 1 (Steinfurt – Warendorf) und Süd 2 (Warendorf – Lippetal/Welver/Hamm)

Bundesfachplanung: Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 9 Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) und § 42 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Der Vorhabenträger Amprion GmbH hat bei der Bundesnetzagentur Anträge auf Bundesfachplanung für das Vorhaben 49 des Bundesbedarfsplangesetzes (Wilhelmshaven/Landkreis Friesland – Lippetal/Welver/Hamm), Abschnitte Süd 1 (Steinfurt – Warendorf) und Süd 2 (Warendorf – Lippetal/Welver/Hamm) gestellt. Die Bundesnetzagentur ist sowohl für das Verfahren als auch für die Entscheidung über die Bundesfachplanung zuständig.

Für das Vorhaben ist eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchzuführen. Es gilt dabei das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist. Durch die Veröffentlichung der Unterlagen einschließlich des vom Vorhabenträger vorgelegten Umweltberichts erfolgt gleichzeitig die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 42 Abs. 1 UVPG i. V. m. § 18 Abs. 1 UVPG.

Gemäß § 8 S. 1 NABEG hat der Vorhabenträger Unterlagen erstellt, die für die raumordnerische Beurteilung und die SUP der Trassenkorridore erforderlich sind.

Die Auslegung der Unterlagen erfolgt gemäß § 9 Abs. 3 NABEG ausschließlich in elektronischer Form durch eine Veröffentlichung im Internet in der Zeit vom 15.07.2024 bis einschließlich 14.08.2024. Die Unterlagen sowie weitere Informationen zu den Vorhaben finden Sie ab dem 15.07.2024 im Internet für den Abschnitt Süd 1 (Steinfurt – Warendorf) unter www.netzausbau.de/vorhaben49-s1 und für den Abschnitt Süd 2 (Warendorf – Lippetal/Welver/Hamm) unter www.netzausbau.de/vorhaben49-s2.

Die Bundesnetzagentur nimmt auch die Belange von Personen in den Blick, die keinen oder keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben, um Einsicht in die auszulegenden Unterlagen nehmen zu können. Während des Auslegungszeitraums besteht die Möglichkeit, eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Einwendungsfrist verlängert sich hierdurch nicht. Wenden Sie sich hierzu bitte telefonisch an die Bundesnetzagentur unter 0800 638 9 638, per Mail an vorhaben49-s1@bnetza.de bzw. vorhaben49-s2@bnetza.de oder schriftlich an die unten aufgeführte Adresse unter „Einwendungen“.

Trassenkorridore und Alternativen

Der Vorschlagstrassenkorridor des Vorhabens 49, Abschnitt Süd 1 startet bei der Stadt Rheine im Kreis Steinfurt und verläuft von hier in südöstlicher Richtung. Dabei passiert er zunächst die Gemeinde Saerbeck, bevor auf Höhe des Flughafens Münster/Osnabrück der Dortmund-Ems-Kanal und die Bundesautobahn 1 gekreuzt wird. Nordöstlich von der Stadt Telgte knickt der Korridor nach Süden ab, umgeht die Gemeinde Everswinkel und endet schließlich zwischen den Städten Sendenhorst und Ennigerloh im Kreis Warendorf.

Zu diesem vorgeschlagenen Trassenkorridor gibt es mehrere Alternativen.

Eine Alternative des Abschnitts Süd 1 beginnt nördlich der Gemeinde Neuenkirchen im Landkreis Osnabrück und quert kurz darauf die Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen. Von hier geht es weiter in südlicher Richtung. Auf Höhe der Stadt Tecklenburg wird zunächst die Autobahn 30 und anschließend die Autobahn 1 gekreuzt. Die Alternative verläuft im Weiteren in südöstlicher Richtung zwischen der Stadt Lengerich und der Gemeinde Ladbergen, führt vorbei an den Städten Warendorf und Ennigerloh und endet schließlich im Kreis Warendorf westlich der Stadt Beckum.

Zwei weitere Alternativen verlaufen nördlich und südlich an Ladbergen vorbei und verbinden damit jeweils den Vorschlagstrassenkorridor mit der erstgenannten Alternative.

Der vorgeschlagene Trassenkorridor von Vorhaben 49, Abschnitt Süd 2 beginnt östlich der Stadt Sendenhorst im Kreis Warendorf und verläuft von hier in südöstlicher Richtung. Zwischen den Städten Ahlen und Beckum knickt der Korridor leicht nach Süden ab und kreuzt die Bundesautobahn 2. Anschließend schwenkt er nach Südwesten, läuft vorbei an der Gemeinde Lippetal und endet östlich der Stadt Hamm an einem möglichen Konverterstandort.

Der Vorhabenträger hat hierzu ebenfalls Alternativen vorgelegt. Ein Alternativkorridor sieht vor, dass der Abschnitt Süd 2 vom Osten der Stadt Sendenhorst in südwestlicher Richtung beginnt. Nachdem die Stadt Ahlen westlich passiert wurde, biegt der Korridor leicht ab und läuft in südöstlicher Richtung weiter. Die Alternative quert die Bundesautobahn 2 südlich der Anschlussstelle Hamm-Uentrop und knickt schließlich in nordöstliche Richtung ab, um sich den möglichen Konverterstandorten von Süden aus zu nähern.

Eine weitere Alternative weicht westlich von Beckum vom Vorschlagstrassenkorridor ab und läuft in südwestlicher Richtung bis zur Stadt Hamm, wo sie auf den erstgenannten Alternativkorridor trifft.



Einwendungen

Jede Person und anerkannte Umweltvereinigung, die in ihren satzungsgemäßen Aufgaben berührt ist, kann sich zu den beabsichtigten Trassenkorridoren vom Beginn der Auslegung am 15.07.2024 bis zum 14.09.2024 äußern. Einwendungen, die nach der angegebenen Frist eingehen, werden nur berücksichtigt, wenn die vorgebrachten Belange für die Rechtmäßigkeit der Bundesfachplanung von Bedeutung sind.

Die Einwendungen sind über einen der folgenden Wege an die Bundesnetzagentur zu richten:

Für Vorhaben 49, Abschnitt Süd 1 (Steinfurt – Warendorf)

- elektronisch vorzugsweise per Onlineformular (Link unter www.netzausbau.de/vorhaben49-s1)
- per E-Mail an vorhaben49-s1@bnetza.de
- schriftlich an die Bundesnetzagentur, Referat 805, Postfach 8001, 53105 Bonn (Betreff: Vorhaben 49, Abschnitt Süd 1)

Für Vorhaben 49, Abschnitt Süd 2 (Warendorf – Lippetal/Welver/Hamm)

- elektronisch vorzugsweise per Onlineformular (Link unter www.netzausbau.de/vorhaben49-s2)
- per E-Mail an vorhaben49-s2@bnetza.de
- schriftlich an die Bundesnetzagentur, Referat 805, Postfach 8001, 53105 Bonn (Betreff: Vorhaben 49, Abschnitt Süd 2)

Weitere Details hierzu finden Sie unter www.netzausbau.de/kontakt.

Einwendungen müssen Ihren Namen und Ihre vollständige Anschrift leserlich enthalten. Schriftliche Einwendungen müssen darüber hinaus eigenhändig unterschrieben sein. Sie erhalten keine Eingangsbestätigung bzw. kein individuelles Antwortschreiben. Fehlen diese Angaben oder sind diese unleserlich, kann die Einwendung im Weiteren unberücksichtigt bleiben.

Werden Einwendungen oder Stellungnahmen von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet, so muss auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite deutlich sichtbar eine Vertreterin/ein Vertreter benannt werden. Anzugeben sind der Name, die Anschrift und der Beruf der Vertreterin/des Vertreters. Vertreterin oder Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Entspricht eine solche Einwendung oder Stellungnahme nicht diesen Anforderungen, so kann sie unberücksichtigt gelassen werden. Ferner können gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt bleiben, als Unterzeichnende ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben.

Die Einwendungen werden in Kopie an den Vorhabenträger weitergegeben. Sie können in Kopie auch an Träger öffentlicher Belange weitergegeben werden, sofern deren Aufgabenbereich berührt ist. Sowohl Vorhabenträger als auch Träger öffentlicher Belange sind zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet und dürfen Ihre Einwendung ausschließlich im Rahmen des Verfahrens verwenden. Falls Ihr

Name und Ihre Anschrift dennoch unkenntlich gemacht werden sollen, weisen Sie in Ihrer Einwendung bitte darauf hin. Ihr Name und Ihre Anschrift werden auf Ihr Verlangen hin unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Sofern Ihre Stellungnahme schützenswerte Inhalte, z. B. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, enthält, die nicht zur Weitergabe an Dritte geeignet sind, reichen Sie bitte neben Ihrer Stellungnahme auch eine entsprechend geschwärzte Fassung ein.

Erörterung und Entscheidung

Soweit ein Erörterungstermin gemäß § 10 Abs. 1 NABEG stattfindet, werden Einwendende über diesen schriftlich benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Bei Ausbleiben von beteiligten Personen im Erörterungstermin kann auch ohne sie verhandelt werden.

Die Bundesfachplanung schließt mit einer Entscheidung der Bundesnetzagentur ab. Diese enthält gemäß § 12 Abs. 2 NABEG den Verlauf eines raumverträglichen Trassenkorridors, eine Bewertung seiner Umweltauswirkungen und das Ergebnis der Prüfung alternativer Trassenkorridore. Der festgelegte Trassenkorridor ist verbindlich für das anschließende Planfeststellungsverfahren, in dem die Entscheidung über den konkreten Leitungsverlauf getroffen wird.

Entscheidungserhebliche Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens

Angaben über die Umweltauswirkungen des Vorhabens finden Sie für beide Abschnitte insbesondere im Umweltbericht der Amprion GmbH zur Strategischen Umweltprüfung, in den Prüfungen zu Natura-2000-Gebieten, in der artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung, in der immissionsschutzrechtlichen Ersteinschätzung und in den Ausführungen zur Wasserrahmenrichtlinie.

Der Umweltbericht im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung enthält jeweils die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter Menschen (insbesondere die menschliche Gesundheit), Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft sowie das Kulturelle Erbe und sonstige Sachgüter.

Umweltauswirkungen auf besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten werden insbesondere in der artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung untersucht. Die Verträglichkeit des Vorhabens mit den Erhaltungszielen der Schutzgebiete des europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ ist in den Prüfungen zu Natura-2000-Gebieten dargelegt. Etwaige schädliche Umwelteinwirkungen durch elektrische und magnetische Felder sowie Geräusche werden in der immissionsschutzrechtlichen Ersteinschätzung thematisiert. Außerdem befinden sich wasserrechtliche Erläuterungen in den Ausführungen zur Wasserrahmenrichtlinie.

Darüber hinaus sind zusammenfassende umweltbezogene Angaben im Erläuterungsbericht sowie im Gesamtalternativenvergleich enthalten. In der Raumverträglichkeitsstudie wird zudem die Übereinstimmung des Trassenkorridors mit den umweltbezogenen Erfordernissen der Raumordnung sowie raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen beurteilt.

Darüber hinaus wird für den Abschnitt Süd 2 in Standortgutachten die Realisierbarkeit von potentiellen Konverterstandorten am Netzverknüpfungspunkt Lippetal/Welver/Hamm untersucht. Gegenstand dieser Untersuchungen sind die Prüfung und Beurteilung von Genehmigungs- und Realisierungshindernissen (u. a. Natura-2000-Verträglichkeit, artenschutzrechtliche Anforderungen, Raumverträglichkeit, verschiedene Schutzgüter).

Der Präsident